

RECLAIM THE RED

Zur Kritik
des älteren
und neueren
Marxismus-
Leninismus

KANTINE
FESTIVAL

Inhalt

- Editorial
- 7 Reclaim the Red**
Zur Kritik des älteren und neueren
Marxismus-Leninismus

- Kantine Workshop AG
- 17 Autoritäre Wende?**
Thesen zur Kritik der Roten Gruppen

- Gruppe Kappa
- 63 Instrumentelle Reduktionen**
Thesen zur Kritik des Antizionismus
und Antisemitismusverständnisses
»Roter Gruppen«

- Vogliamo Tutto
- 89 Revolution und Organisation**
Zur Kritik des Parteikonzepts
im Marxismus-Leninismus

- Julian Kuppe
- 113 Mythos Oktoberrevolution**
Zum Zusammenhang von
Bolschewismus, Stalinismus
und Terrorismus

- Lukas
- 191 Eine kritische Bildungsreise
in die Zone?**
Kurzes Resümee zur Kantine Zone.
Analyse und Kritik der DDR

Mythos Oktoberrevolution

Zum Zusammenhang von
Bolschewismus,
Stalinismus und
Terrorismus

»Der Terror existiert gerade darum, weil die einsam herrschende Minderheit eine immer wachsende Zahl von Menschen, Gruppen und Schichten zu ihren Feinden zählt.«

Isaak Steinberg, Gewalt und Terror in der Revolution

114 Lenin hatte schon im April 1918 »eiserne Disziplin während der Arbeit, mit der unbedingten Unterordnung unter den Willen einer Einzelperson, des sowjetischen Leiters, während der Arbeit« gefordert (Lenin 1918a)¹. Trotzki propagierte im April 1920 das Konzept der »Militarisierung der Arbeit« mittels »Repressalien zur Erreichung wirtschaftlicher Ziele« (Trotzki 1920)². Isaac Deutscher schreibt: »Trotzkis Philosophie der Arbeit lag später Stalins

¹ »Die Revolution hat soeben die ältesten, festesten, schwersten Fesseln zerschlagen, denen sich die Massen zwangsweise gefügt hatten. Das war gestern. Heute aber fordert dieselbe Revolution, eben im Interesse ihrer Entwicklung und Festigung, eben im Interesse des Sozialismus, die *unbedingte Unterordnung* der Massen unter den *einheitlichen Willen* der Leiter des Arbeitsprozesses.« (Lenin 1918a)

² »Die Grundlage der Militarisierung der Arbeit wird auf den Formen staatlichen Zwanges gebildet, ohne die die Ersetzung der kapitalistischen Wirtschaft durch die sozialistische für immer nur leerer Schall bleiben wird. Warum sprechen wir von *Militarisierung*? Selbstverständlich ist das nur eine Analogie, aber eine sehr inhaltsreiche. Keine andere gesellschaftliche Organisation mit Ausnahme der Armee hat sich berechtigt gehalten, sich die Bürger in solchem Grade unterzuordnen, sie in solchem Maße von allen Seiten

praktischer Arbeitspolitik in den dreißiger Jahren zugrunde.« (1969: 63) Die erneute Unterwerfung der Arbeitenden unter staatlich ausgeübte Leitung und staatlichen Zwang, der auch mittels Gewalt durchgesetzt wird, ist das Resultat eines Umsturzes, der im Interesse eben dieser Arbeitenden erfolgt sein sollte. Ihre Fortsetzung findet diese Politik in einem wesentlich größeren Maßstab in der autoritären Herrschaft des Stalinismus. Wie viel von Lenins und Trotzki's Theorie und Praxis zeigt sich in Stalins marxistisch-leninistisch legitimierter Praxis und wie konnte es überhaupt zu dieser kommen?

Klar ist, dass der Stalinismus nach dem Oktoberumsturz aus den gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen und aus den politischen Vorstellungen Lenins, Trotzki's und der politischen Führung der Bolschewiki hervorgegangen ist

durch ihren Willen zu umfassen, wie dies der Staat der proletarischen Diktatur tut und zu tun sich für berechtigt hält.« (Trotzki 1920)

115

(vgl. Mattick 1970: 200, Kolakowski 1978: 534ff.). Seitdem der Stalinismus als Form der autoritären Herrschaft hervorgetreten ist, gibt es die Auseinandersetzung darüber, inwieweit Lenins politische Vorstellungen und Konzepte zum Stalinismus geführt haben oder ob sie etwas vollkommen davon Unterschiedenes waren, wie es beispielsweise Trotzki in *Bolschewismus und Stalinismus* (1937) behauptet. Es hat jedenfalls einen Übergang vom leninschen Bolschewismus zum Stalinismus gegeben und das ist genau das, was es für eine kritische Auseinandersetzung mit dem Zusammenhang von Bolschewismus und Stalinismus nachzuvollziehen und zu rekonstruieren gilt. Welche Elemente in Lenins und Trotzki's politischen Vorstellungen gibt es, die es ermöglicht haben, dass daraus der Stalinismus hervorgehen konnte?

Diese Frage ist insofern von entscheidender Bedeutung, als es immer wieder Versuche in der Linken gibt, sich auf Lenin und Trotzki zu berufen und an ihre politischen Vorstellungen anzuknüpfen. Lenins

und Trotzki's Theorien und ihre politische Praxis wird dabei als höchste Form des revolutionären Marxismus verstanden. Für jeden möglichen neuen Versuch der revolutionären Befreiung vom System kapitalistischer Ausbeutung und Herrschaft durch die Arbeitskräfte selbst wäre es aber gerade grundlegend, zu verstehen, woran die russische Revolution gescheitert ist und wie es dazu kommen konnte, dass aus ihr ein System brutaler, autoritärer Herrschaft hervorgegangen ist.

In der Auseinandersetzung mit dem Einfluss Lenins ist es wichtig, die beiden Seiten seiner Tätigkeit, Theorie und Praxis, als aufeinander bezogen, aber nicht miteinander übereinstimmend oder identisch aufzufassen. Lenins Schriften sind als strategische theoretische Grundlage, aber auch als taktische Interventionen in die politische Praxis zu verstehen, die eben durch diesen strategischen und taktischen Charakter und ihre polemische Form auch ausgezeichnet sind (vgl. Mattick 1970: 173,

Kolakowski 1978: 577ff.). Die tatsächliche historische Entwicklung der russischen Revolution und Sowjetrusslands ist stark von Lenins theoretischen und politischen Interventionen geprägt, aber dennoch in ihrer eigenen Dynamik mit dem Vorhandensein einer Vielzahl weiterer Einflüsse und Faktoren zu begreifen. Unter diesen Voraussetzungen ist gleichwohl erkennbar, wie theoretische Vorstellungen Lenins in der realen Geschichte wirksam werden, ohne dass sich diese Geschichte aus der Theorie und Organisation des leninschen Bolschewismus vollständig ableiten ließe.

Anhänger des Trotzkismus und des Leninismus behaupten unter Berufung auf Historiker wie Alexander Rabinowitch, Neil Harding, Lars Lih, David Mandel und Stephen Smith, die neuere historische Forschung hätte ergeben, dass die Bolschewiki im Laufe des Jahres 1917 zu einer ›demokratisch organisierten Massenpartei‹ geworden sei, die es geschafft habe, eine ›breite Massenbasis‹ unter den Arbeitern zu erreichen, und daher sei der Oktoberumsturz

ein ›Aufstand für die Räte‹ und als ›erste erfolgreiche proletarische Revolution‹ das ›höchste Ergebnis‹ des revolutionären Marxismus gewesen. Hier wird anhand dieser und weiterer Literatur dargestellt, dass diese Interpretation nicht zutrifft und sich nicht auf diese Autoren und ihre Forschungen berufen kann. Damit wird gezeigt, dass die Berufung auf diese Autoren, um den Bolschewismus als historisch erfolgreiche und damit noch immer richtige revolutionäre Strategie zu begründen, unhaltbar ist.

Im Folgenden werden dazu zunächst Darstellungen von Lenins politischem Denken analysiert und die Frage diskutiert, inwiefern es einen demokratischen Lenin gab. Anschließend wird gezeigt, wie entscheidend Lenins Denken und Handeln für den Oktoberumsturz war und wie es schließlich zu Autoritarismus und einem bürokratischen Terrorregime geführt hat. Der Beitrag schließt mit einem kurzen Blick auf die fatalen Folgen der bolschewistischen Terrorherrschaft für die internationale Arbeiterbewegung.

120 Ein demokratischer Lenin?

Harding unterscheidet in *Lenin's Political Thought* zwei Phasen in dessen Denken: Die Phase bis 1914, in der Lenin eine demokratische Revolution angestrebt habe, und die Phase danach, in der eine sozialistische Revolution zu seinem Ziel geworden sei. Die erste Phase bei Harding stimmt mit der These Lih's in *Lenin Rediscovered* überein, Lenin sei ein Erfurter gewesen, d.h. ein Anhänger des *Erfurter Programms* der SPD von 1891 und dessen Auslegung durch Kautsky. Selbst Lih in seiner äußerst wohlwollenden Darstellung Lenins geht aber davon aus, dass dieser die politischen Freiheiten nur in einem *instrumentellen* Sinn angestrebt habe, um die Rahmenbedingungen für sozialdemokratische Politik herzustellen (Lih 2006: 166, Lih 2012: 202). Das *Erfurter Programm* repräsentiert das orthodox-marxistische, sozialdemokratische Modell der SPD der II. Internationale, dem zufolge zunächst eine bürgerliche Gesellschaft bestehen müsse, ehe eine sozialistische errichtet werden kann,

121

wie Lih es ausführlich darstellt. Die politischen Freiheiten gehören in diesem Modell der bürgerlichen Entwicklungsstufe an und es wird von Lenin keine Aussage darüber getroffen, welche Rolle sie in einer sozialistischen Gesellschaft spielen sollten. Es wäre demnach ein Missverständnis, wie Lih anzunehmen, mit der Forderung Lenins nach politischen Freiheiten in der zaristischen Autokratie wäre eine Aussage auch für eine sozialistische Gesellschaft verbunden.

Den beiden Phasen der Politik Lenins liegen der Interpretation Hardings zufolge jeweils verschiedene theoretische Analysen zugrunde; der ersten Phase die politisch-ökonomische Analyse Russlands in *Die Entwicklung des Kapitalismus in Russland* von 1899 und der zweiten Phase die globale politisch-ökonomische Analyse in *Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus* von 1916. Die Grundlage dieser beiden Phasen ist dasselbe Problem, das jeweils unterschiedlich beantwortet wird: Die Möglichkeit der Revolution unter den Bedingungen

122 Russlands. Während Lenin bis 1914 nur eine demokratische Revolution, die die Aufgaben der bürgerlichen Revolution erfüllt, in Russland für möglich gehalten habe, hätte sich das mit dem Ausbruch des 1. Weltkrieges und seiner Imperialismus-Interpretation radikal geändert. Von da an hätte er eine sozialistische Revolution als einzigen Ausweg aus dem Imperialismus angesehen.

In Hardings ebenfalls wohlwollender Interpretation beginnt der Übergang zum Autoritarismus bei Lenin erst ein halbes Jahr nach dem Oktoberumsturz im Frühjahr 1918, als er erkennen muss, dass seine theoretischen Annahmen sich in der realen politischen Entwicklung nicht erfüllen. Die These eines demokratischen Lenin bis zum Frühjahr 1918 und eines erst seit diesem Bruch zunehmend autoritärer werdenden Lenin, der erst kurz vor seinem Tod 1924 erkannt habe, in welche Sackgasse das autoritäre System geraten ist, ist aber nicht haltbar.

Lenin greift nämlich in dieser Zeit auf Vorstellungen und Konzepte zurück, die schon lange vorher in seinem Denken vorhanden waren (vgl. Kolakowski 1978: 555, 558). So schreibt er etwa bereits 1906 über die Diktatur des Proletariats: »Der wissenschaftliche Begriff der Diktatur bedeutet nichts anderes als eine durch nichts beschränkte, durch keine Gesetze und absolut keine Regeln eingegelte, sich unmittelbar auf Gewalt stützende Macht.« (ebd.). Vor allem aber ist es das Konzept der *Hegemonie des Proletariats* in der Revolution, das Lenin von Plechanow übernahm, aber in *Was tun?* (1902) mit seiner eigenen Parteitheorie verband.³ Der Stalinismus geht in der

3 »Rußland wurde nach der Revolution des Jahres 1905 von 130 000 Gutsbesitzern regiert, und zwar mittels endloser Vergewaltigung und Drangsalierung von 150 Millionen Menschen, deren ungeheure Mehrzahl zu Zuchthausarbeit und zu einem Hungerdasein gezwungen wurde. Und da sollen 240 000 Mitglieder der Partei der Bolschewiki nicht imstande sein, Rußland zu regieren, es im Interesse der Armen und gegen die Reichen zu regieren!« (Lenin 1917d)

124 historischen Entwicklung direkt aus dem Leninismus hervor und ist kein Bruch mit Lenins Denken.⁴ Gegen die Berufung auf *Staat und Revolution* zur Verteidigung eines demokratischen Lenin bei Harding steht die innere Widersprüchlichkeit dieser

4 »Es war nicht erst der leninistische Epigone Stalin, sondern der orthodoxe Marxist Lenin, der an jenem historischen Wendepunkt der revolutionären Entwicklung, wo er mit dem Übergang zur »NEP« die bis dahin unentschiedene Tendenz der russischen Revolution praktisch entschieden auf die bürgerlichen Zielsetzungen beschränkte, zugleich die für die Vollziehung dieser Beschränkung unentbehrliche ideologische Ergänzung hinzufügte. Es war der orthodoxe Marxist Lenin, der um die Jahreswende 1920/21 vollkommen bewußt entgegen all seinen früheren Erklärungen den neuen marxistischen Mythos von dem an sich sozialistischen Charakter des Sowjetstaates und der dadurch grundsätzlich garantierten Möglichkeit der Verwirklichung der sozialistischen Gesellschaft in Sowjetrußland aufgestellt hat. Mit dieser Entartung der ursprünglich revolutionären Theorie von Marx und Engels zu einer förmlichen Staatsreligion, zu der ideologischen Rechtfertigung eines in seiner tatsächlichen Entwicklungstendenz kapitalistischen und die revolutionäre Bewegung des Proletariats unterdrückenden Staates, hat die Geschichte der marxistischen Ideologie in Rußland ihren vorläufigen Abschluß erreicht.« (Korsch 1932: 256)

Schrift selbst (vgl. Martow 1919, Rühle 1971: 31) und das politische Vorgehen Lenins vor, während und nach dem Oktoberumsturz. Es gibt tatsächlich nur einen Lenin, der immer widersprüchliche Konzepte in seiner Theorie und Praxis versucht hat zu vereinen und damit politisch desaströs gescheitert ist.

Die zentralen Widersprüche in Lenins Politik sind die Vorstellung der Verwirklichung von demokratischer Selbstbestimmung durch die Führung einer professionellen Avantgardepartei und die Vorstellung, dass die Vergesellschaftung der Produktion durch den Kapitalismus in der Phase der Monopole und des Imperialismus schon stattgefunden habe und von der Diktatur des Proletariats nur übernommen werden müsse. Auch im Begriff der Diktatur des Proletariats selbst, der das entscheidende Prinzip für Lenin in *Staat und Revolution* ist, gibt es einen unaufgelösten Widerspruch zwischen der demokratischen Selbstorganisation des Proletariats und der Diktatur

126 der Partei (vgl. Kautsky 1990: 33). Genau diese Widersprüche zeigen sich nach dem Oktoberumsturz als praktisch nicht zu lösende Probleme.

Die Konzepte, mit denen Lenin diese sich in der realen Politik stellenden Probleme zu bearbeiten versucht, sind die autoritären Konzepte der zentralen Führung durch die Partei und der autoritären Durchsetzung von Arbeitszwang, Disziplin und Unterordnung in der Industrie, im Militär, im Staat und in der Partei selbst, die euphemistisch als »demokratischer Zentralismus« bezeichnet wurden. Die Konzepte von politischer Führung durch die zentrale Autorität der Partei und ökonomischer Führung durch die zentrale Autorität des Staats übertragen in gleicher Weise Organisationsprinzipien der tayloristischen Arbeitsteilung in der großen Industrie im Stadium des Staatsmonopolkapitalismus, wie Lenin sie in *Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus* darstellt, in die politische Theorie von *Staat und Revolution*

und in die politische Praxis der Diktatur des Proletariats. Das entspricht der Vorstellung Lenins, nach der die sozialistische politische und ökonomische Organisation durch Partei und Staat der Entwicklung der kapitalistischen Produktivkräfte und der staatsmonopolistischen Produktionsweise entsprechen müssten und durch diese vorbereitet wurden (vgl. Harding Bd. 1: 137f.)⁵. Sowohl in der politischen Organisation als auch in der ökonomischen Organisation vertrat Lenin ein an technologischer

⁵ Diese Vorstellung geht im wesentlichen auf Rudolf Hilferding zurück, auf dessen Werk *Das Finanzkapital* (1910) sich Lenin in seinem Buch zum Imperialismus neben *Imperialismus und Weltwirtschaft* von Nikolai Bucharin (1914/15) stark stützt. Darin entwickelt dieser die Theorie eines »Generalkartells« als bürokratisierte Wirtschaftsform eines organisierten Kapitalismus, die gerade deswegen nur noch durch eine sozialistische Bürokratie übernommen werden braucht (vgl. Huhn 2003: 110). Lenin übernimmt also in *Der Imperialismus* die staatssozialistischen Vorstellungen der österreichischen und deutschen Sozialdemokratie und unternimmt in *Staat und Revolution* den zum Scheitern verurteilten Versuch, diese marxistisch zu begründen. Diese unmögliche Konzeption wird aber dann zu seiner Strategie zum Aufbau des Sozialismus und zur Begründung des Oktoberumsturzes.

127

128 Arbeitsteilung und militärischer Disziplin orientiertes Modell, das auf Effizienz ausgerichtet sein sollte:

»Und was ist der Staat? Das ist die Organisation der herrschenden Klasse, in Deutschland z. B. die der Junker und Kapitalisten. Deshalb ist das, was die deutschen Plechanow (Scheidemann, Lensch u. a.) »Kriegssozialismus« nennen, in Wirklichkeit staatsmonopolistischer Kriegskapitalismus oder, einfacher und klarer ausgedrückt, ein Militärzuchthaus für die Arbeiter, ein militärischer Schutz für die Profite der Kapitalisten. ... Der Sozialismus ist nichts anderes als staatskapitalistisches Monopol, das zum Nutzen des ganzen Volkes angewandt wird und dadurch aufgehört hat, kapitalistisches Monopol zu sein.« Lenin 1917a

Dieses Modell findet sich auch in *Staat und Revolution*, wo es heißt: »Das Proletariat braucht die Staatsgewalt, eine zentralisierte Organisation der Macht, eine

Organisation der Gewalt sowohl zur Unterdrückung des Widerstands der Ausbeuter als auch zur *Leitung* der ungeheuren Masse der Bevölkerung, der Bauernschaft, des Kleinbürgertums, der Halbproletarier, um die sozialistische Wirtschaft »in Gang zu bringen« (1917b).

Lenin entwickelt nur die Vorstellung einer politischen Revolution, die einer bürgerlichen Revolution entspricht (vgl. Wagner 1933, Rühle 1971: 49f.). In *Staat und Revolution* thematisiert er zwar immer wieder die Idee von Marx, dass die Staatsmaschine zerschlagen werden müsse, aber zugleich geht er davon aus, dass in der ersten Phase der kommunistischen Gesellschaft das bürgerliche Recht und daher auch der bürgerliche Staat als Gewaltapparat zu dessen Durchsetzung noch bestehen bleiben müssten. Er hat aber Stephen Smith in *Red Petrograd*, Leszek Kolakowski und Otto Rühle zufolge nie eine Vorstellung von Selbstorganisation oder von Selbstverwaltung entwickelt und keine Vorstellung von anderen sozialen Vermittlungsformen, die

129

130 über die Staatsform hinausgehen und sie ersetzen könnten (Smith 1983: 228, Kolkowski 1978: 554, Rühle 1971: 25). In *Staat und Revolution* spricht er immer wieder von der Schaffung einer neuen Staatsmaschine, die die alte ersetzen soll. Zwar bezieht er sich auf das, was Marx über die Formen der Pariser Kommune geschrieben hat, aber er entwickelt kein Verhältnis dieser Formen zu seiner Vorstellung der Beibehaltung des bürgerlichen Rechts und des bürgerlichen Staates. Smith charakterisiert die daraus hervorgehenden politischen Konsequenzen treffend damit, dass die Überwindung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse für Lenin auf der Ebene des Staates geschah, statt in der Fabrik. Der Übergang zum Sozialismus würde dieser leninschen Vorstellung nach über den Charakter des Staates und durch dessen Politik durchgesetzt, nicht durch den Umfang der Macht, die von den Arbeitern in der Fabrik ausgeübt wird (ebd.).

Der Oktoberumsturz gegen die Sowjetmacht

In Bezug auf das Verständnis des Oktoberumsturzes ist es von entscheidender Bedeutung, zwischen der Machtübernahme durch die bolschewistische Partei einerseits und der Übernahme der Macht durch die Räte, also der *Sowjetmacht*, andererseits zu unterscheiden. Davon muss schließlich noch die *Arbeitermacht* unterschieden werden, die sowohl die Sowjets als auch die Bolschewiki zu vertreten beanspruchten, wie Rainer Thomann in *Aufstieg und Fall der Arbeitermacht in Russland* zeigt. Die proletarischen und bäuerlichen Massen und die Mehrheit der Bolschewiki wollten im Herbst 1917 die Absetzung der provisorischen Regierung und die Übernahme der Macht durch die Räte mit allen in ihnen vertretenen sozialistischen Parteien, d.h. Menschewiki, Sozialrevolutionäre, Bolschewiki und weitere kleinere Gruppierungen (Rabinowitch 2012: 455f., Thomann 2017: 327f., Mandel 2017: 330). Der Oktoberumsturz wurde aber auf das Betreiben Lenins

132 hin gerade *gegen* die Übernahme der Macht durch die Räte und alle sozialistischen Parteien noch *vor* dem *Zweiten gesamtrossischen Rätekongress* unternommen (Rabinowitch 2012: 387, Thomann 2017: 286ff.). Er war daher nicht Ausdruck einer revolutionären Massenbewegung, sondern Ausdruck der politischen Vorstellungen Lenins.⁶

6 »Nachdem die Bolschewiki in den Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten beider Hauptstädte die Mehrheit erhalten haben, können und *müssen* sie die Staatsmacht in ihre Hände nehmen. Sie können das, denn die aktive Mehrheit der revolutionären Elemente des Volkes beider Hauptstädte *genügt*, um die Massen mitzureißen, den Widerstand des Gegners zu brechen, ihn zu zerschlagen, die Macht zu erobern und zu behaupten. ... Die Demokratische Beratung vertritt nicht die Mehrheit des revolutionären Volkes, sondern nur die paktiererischen kleinbürgerlichen Spitzen. Man darf sich nicht durch Wahlziffern täuschen lassen, nicht auf die Wahlen kommt es an: man vergleiche die Wahlen zu den Stadtdumas von Petrograd und Moskau und die Wahlen zu den Sowjets. Man vergleiche die Moskauer Wahlen und den Moskauer Streik vom 12. August: das sind die objektiven Tatsachen über die Mehrheit der revolutionären Elemente, die die Massen führen. ... Es wäre naiv, eine ›formelle‹ Mehrheit der Bolschewiki abzuwarten: keine Revolution wartet darauf.« (Lenin 1917c)

Das zeigt sich auch darin, wie die Entscheidung dafür zustande kam. Sie wurde bei einer Sitzung des Zentralkomitees der bolschewistischen Partei am 10. Oktober 1917 getroffen, bei der von den 21 Mitgliedern nur 12 anwesend waren. Lenin konnte schließlich 9 von ihnen von der Machteroberung überzeugen. Nur Kamenew und Sinowjew stimmten dagegen, d.h. die Machtübernahme durch die bolschewistische Partei wurde von 10 Mitgliedern ihres Zentralkomitees beschlossen (Rabinowitch 2012: 297ff., Thomann 2017: 251ff.). Die überwältigende Mehrheit der Bolschewiki und der anderen sozialistischen Parteien waren aber nicht für eine Machtübernahme durch die bolschewistische Partei, sondern für die *Sowjetmacht*, also eine Machtübernahme durch die Räte mit allen sozialistischen Parteien. Das ist das vielleicht größte Missverständnis in Bezug auf den Oktoberumsturz: Er wurde von vielen als Übergang zur Sowjetmacht verstanden, war aber tatsächlich Übergang zur Macht der bolschewistischen Partei. Wie sich herausstellen

134 sollte waren das zwei sehr verschiedene Dinge.

Die Einschätzung Thomanns dazu lautet: »Die Initiative für die Oktoberrevolution ging dann auch nicht von der Arbeiterbasis aus, sondern vom ZK der bolschewistischen Partei, genauer von Lenins Drängen auf den sofortigen bewaffneten Aufstand. Darin kam die ausgeprägte politische Schwäche der Arbeitermacht in Russland zum Ausdruck.« (2017: 362) Die Folgen des Oktoberumsturzes für die Arbeitermacht sieht er so: »Die Schwierigkeiten, ihren Interessen auf dem Weg zu ihrer ›ökonomischen Emanzipation‹ Geltung zu verschaffen, wurden für die russische Arbeiterklasse mit dem Sieg der Oktoberrevolution größer statt kleiner.« (ebd.: 363) Rabinowitch führt in *Die Sowjetmacht. Das erste Jahr* zu den politischen Konsequenzen des Oktoberumsturzes Folgendes aus:

»Der von den Bolschewiki organisierte Sturz der Provisorischen Regierung vor dem Zweiten Gesamtrussischen

Sowjetkongress, der Auszug der Menschewiki und Sozialrevolutionäre (...) und die kompromisslose Haltung der Bolschewiki in den Verhandlungen über die Bildung einer breiten sozialistischen Koalitionsregierung nach dem Kongress (...) verurteilten die Bemühungen der gemäßigten Bolschewiki um die Teilung der Staatsmacht zum Scheitern und trugen dazu bei, dass sich am Ende das autoritäre Regierungssystem sowjetischer Prägung durchsetzte.« 2010: 18

135

An die Stelle der Bolschewiki müssten dabei allerdings Lenin und Trotzki und deren Unterstützer in der Parteiführung, darunter Stalin, gesetzt werden. In den Monaten vor und nach dem Oktoberumsturz stellten sich die Bolschewiki als die Partei der Verteidigung und der Verwirklichung der *Sowjetmacht*, also des Räteprinzips gemäß der Forderung »Alle Macht den Sowjets!«, dar. Die Mehrzahl der Parteimitglieder und derjenigen unter den Arbeitern, die ihnen folgten, haben das

sicherlich auch so verstanden. In der politischen Praxis der Führung der bolschewistischen Partei durch Lenin und Trotzki und denjenigen, die sie überzeugen konnten, waren sie aber objektive Gegner der Räte Demokratie. Sie taten alles, um die Ausübung der Macht, die sie mit dem Oktoberumsturz übernommen hatten, zunächst gegen die Räte und dann in den Räten zu sichern. Zu dieser Einschätzung kommen sowohl Thomann aus einer rätekommunistischen Perspektive (2017: 252, 370) als auch Ruge aus der Perspektive der Kritik des Stalinismus und des realen Sozialismus (2010: 141f.). Beide zitieren dazu auch die Aussage Lenins in seinem Brief an das Zentralkomitee (ZK) der bolschewistischen Partei vom September 1917: »Einzig und allein die Entwicklung dieses Krieges kann uns an die Macht bringen, doch davon soll bei der Agitation möglichst wenig geredet werden (wobei man stets daran denken muß, daß die Ereignisse uns morgen schon an die Macht bringen können, die wir dann nicht wieder aus

der Hand geben werden).« Ähnlich sieht es Maxim Gorki im Dezember 1917: »Die Macht ist auf die Räte nur auf dem Papier übergegangen« (in: Ruge 2010: 135). Ein großer Teil der Zustimmung und des Erfolgs der bolschewistischen Partei beruhte also auf einer politischen Vorstellung, der *demokratischen Sowjetmacht*, die sie praktisch gar nicht umgesetzt haben. Das sollte sich als unlösbares Problem erweisen, das rückblickend betrachtet in den Stalinismus geführt hat.

Dabei wurde immer wieder genau davor gewarnt, von Bolschewiki, wie Lew Kamenew und Grigori Sinowjew, von linken Sozialrevolutionären, wie Boris Kamkow und Wladimir Karelin und Menschewiki-Internationalisten, wie Julius Martow und Boris Awilow. Die Machtübernahme durch die bolschewistische Partei vor dem zweiten Rätekongress war auch der Grund für den Auszug der Menschewiki und der Sozialrevolutionäre aus dem Rätekongress, ebenso wie dafür, dass die linken Sozialrevolutionäre nicht in eine

Koalitionsregierung mit den Bolschewiki eintreten wollten. Auf dem Rätekongress wurde noch vor dem Auszug der Menschewiki und der Sozialrevolutionäre mit überwältigender Mehrheit ein Vorschlag von Martow einstimmig angenommen, eine Regierung aus allen sozialistischen Parteien zu bilden (Rabinowitch 2012: 428). Ebenso wurden dort mehrere Einwände und Gegenvorschläge zu einer rein bolschewistischen Regierung eingebracht, die sich im weiteren Verlauf als absolut gerechtfertigt herausstellen sollten. So wurde eingewendet, eine rein bolschewistische Regierung könne das Problem der Lebensmittelknappheit nicht lösen und den Frieden nicht herbeiführen und auch, dass eine europäische Revolution nicht unmittelbar bevor stünde (Rabinowitch 2010: 25, Thomann 2017: 302f.). Mehrere Wortmeldungen bestanden darauf, dass die anstehenden Probleme nur von einer Regierung aller sozialistischen Parteien, die eine breite Unterstützung in der Bevölkerung hat, gelöst werden könnten, da

nur eine solche Regierung ihre revolutionäre Politik auch umsetzen könne (Rabinowitch 2010 25ff., Rabinowitch 2012: 443, Thomann 2017: 303f.).

Insofern ist es für ein Verständnis der Bedeutung des Oktoberumsturzes nicht ausreichend, nachzuweisen, dass die bolschewistische Partei im Laufe des Jahres 1917 durchaus eine breite Unterstützung unter den Arbeitern Petrograds gewann und es innerhalb der Partei Uneinigkeit und Diskussionen über die politischen Strategien gegeben hat. Diese Elemente wurden von sogenannten »revisionistischen« Historikern in den 1970er und 1980er Jahren gegen die Darstellung des Oktoberumsturzes als Staatsstreich, der von einer Gruppe von Berufsrevolutionären unter der Führung Lenins ohne Unterstützung der Bevölkerung durchgeführt wurde, herausgestellt (Rabinowitch 2010: 16). Das löst aber nicht den Widerspruch auf zwischen dem, was die Mehrheit der Arbeiter in den städtischen Zentren mit einem Sturz der provisorischen Regierung

140 verband, die Errichtung der *Sowjetmacht*, der *sozialistischen Rätedemokratie*, und dem, was mit dem Oktoberumsturz geschah, die Errichtung einer *Parteiherrschaft*. Aus den originären Räten als »Organen der proletarischen Selbstverwaltung und Trägern einer radikalen Demokratie« wurden dabei bolschewistische »Räte« als »Organe der Massenführung durch die Elite der Partei« gemacht (Anweiler 1958: 303). Die Diktatur des Proletariats und der Bauern wurde zur Diktatur der Partei *über* das Proletariat und die Bauern.

In der Darstellung des Oktoberumsturzes als »erste erfolgreiche proletarische Revolution« bleibt zudem die Auseinandersetzung innerhalb der bolschewistischen Führung unberücksichtigt, in der sich Lenin mit seiner Vorstellung der Machtübernahme durch die bolschewistische Partei gegenüber denjenigen durchgesetzt hat, die eine ausschließlich aus sozialistischen Parteien zusammengesetzte Mehrparteienregierung, die vom *Zweiten*

gesamtrussischen Rätekongress gebildet werden sollte, befürworteten, also die Verwirklichung der demokratischen Sowjetmacht. Die Letzteren vertraten tatsächlich die Vorstellung der Mehrheit der Arbeiter und in der bolschewistischen Partei, worüber sich Lenin aber hinweggesetzt hat: »Rückblickend liegt auf der Hand, dass Lenin in erster Linie deshalb auf dem gewaltsamen Sturz der Provisorischen Regierung vor Eröffnung des Sowjetkongresses bestand, weil er ausschließen wollte, dass der Kongress eine sozialistische Koalitionsregierung einsetzen würde, in der die gemäßigten Sozialisten großen Einfluss hätten. Diese Strategie bewährte sich.« (Rabinowitch 2010: 13) Erfolgreich war der Oktoberumsturz nur, insofern er *nicht* proletarisch war: Im Ergebnis war es die *Niederlage der Arbeitermacht* gegenüber der bolschewistischen Partei und ihrer Führung durch Lenin und Trotzki. Berücksichtigt werden muss darüber hinaus auch die breite Masse der bäuerlichen Bevölkerung, die sicherlich mit einer Rätedemokratie eher

141

142 etwas hätte anfangen können als mit einer Diktatur des Proletariats in Form der bolschewistischen Partei.

Die Vorstellung Lenins, unbedingt die Macht als bolschewistische Partei gegen die Rätemacht übernehmen zu müssen, lässt sich aus seinem bereits dargestellten Bezug auf die deutsche Sozialdemokratie und die Theorie des Staatsmonopolkapitalismus erklären. Kautsky vertritt in seiner *Erläuterung des Erfurter Programms* die Vorstellung, dass die Sozialdemokratie die Macht im Staat erobern müsse, um diesen in eine große Wirtschaftsgenossenschaft zu verwandeln (1919: 125). Es ist der *Etatismus der Sozialdemokratie*, wie Willy Huhn es nennt, den Lenin in Rußland verwirklichen wollte. Es ist allerdings auch eine entscheidende Veränderung in der Vorstellung Lenins zur Vorstellung Kautskys zu beachten: In Kautskys Vorstellung war es ein »naturnotwendiger« Prozess der gesellschaftlichen Entwicklung, in dem die Arbeiterpartei schließlich die politische

Macht übernehmen wird, weil sie die Mehrheit der Bevölkerung organisiert.⁷

143

⁷ »Eine jede politische Partei muß sich aber die politische Herrschaft zum Ziel setzen. Sie muß danach trachten, die Staatsgewalt sich, das heißt den Interessen der Klasse, die sie vertritt, dienstbar zu machen, sie muß danach trachten, die herrschende Partei im Staat zu werden. Damit, daß die Arbeiterklasse sich als selbständige Partei organisiert, ist ihr naturnotwendig dieses Ziel gegeben, und ebenso naturnotwendig führt die ökonomische Entwicklung die Erreichung desselben herbei. Auch hier, wie bei der Loslösung der Arbeiter von den bürgerlichen Parteien, hängt der Zeitpunkt des Eintretens dieses Ereignisses nicht von der Höhe der industriellen Entwicklung des Landes allein ab, sondern daneben wirken mitbestimmend noch eine Reihe anderer Verhältnisse nationaler und internationaler Natur. Auch die Art und Weise, wie es sich vollzieht, kann sehr verschieden sein. Was aber für niemand zweifelhaft sein kann, der die ökonomische und politische Entwicklung der modernen Gesellschaft, namentlich im Verlauf dieses Jahrhunderts, verfolgt hat, ist die Naturnotwendigkeit des endlichen Sieges des Proletariats. Während es an Ausdehnung, an moralischer und politischer Kraft und an ökonomischer Unentbehrlichkeit immer mehr zunimmt, während der Klassenkampf es zu Solidarität und Disziplin erzieht und seinen Gesichtskreis erweitert, während seine Organisationen an Umfang und Geschlossenheit stetig wachsen, während es im Gebiet der kapitalistischen Produktionsweise immer mehr die wichtigste und schließlich die einzige arbeitende Klasse wird, von

144 Dagegen ist für Lenin die Übernahme der *Staatsmacht* durch die bolschewistische Partei gerechtfertigt durch seine Interpretation des Konzepts der Diktatur des Proletariats als *Führungsanspruch* der Arbeiterklasse, die durch ihre *Partei* vertreten wird, gegenüber allen anderen Klassen, auch wenn diese die weit überwiegende Mehrheit darstellen, wie es in Russland der Fall war. Das ist die Vorstellung des *zweifachen* Führungsanspruchs oder der *Hegemonie* des Proletariats und dessen Partei. In Russland gab es zu dieser Zeit aber nicht nur eine Partei, die das Interesse der Arbeiterklasse zu vertreten beansprucht hat, sondern mehrere konkurrierende. Darüber hinaus gab es auch eine Partei, die sich

deren Tätigkeit die ganze Gesellschaft abhängig ist, schmelzen die dem Proletariat feindlichen Klassen an Zahl immer mehr zusammen, verlieren sie zusehends an moralischer und politischer Kraft und werden sie nicht nur überflüssig, sondern zum Teil geradezu hinderlich für den Fortgang der Produktion, die unter ihrer Leitung in immer heillosere Verwirrung gerät, immer unerträglichere Zustände heraufbeschwört.« (Kautsky 1919: 219f.)

gerade in einen rechten und linken Flügel aufgespalten hatte, die Sozialrevolutionäre, die die Interessen der Bauern zu vertreten beanspruchte. Vielen von ihnen galt sie tatsächlich als ihre Vertreterin, wie die im November 1917 stattgefundenen Wahlen zur konstituierenden Versammlung belegen (vgl. Thomann: 378f.). Diese Interpretation der Diktatur des Proletariats als Führungsanspruch einer *Minderheit* gegenüber einer *Mehrheit* stellt eindeutig einen Bruch mit dem Erfurter Konzept Kautskys dar, wie dieser selbst es in seiner Kritik daran auch klarstellt (1990). Lenin ist also nur in dem Sinn der Übernahme der Staatsmacht und des kapitalistischen Produktionsapparates Erfurter gewesen, aber nicht hinsichtlich demokratischer Organisationsformen, die er vollständig hinter sich lässt und bekämpft, gerade als er die sozialistische Revolution durchführen will. In dieser Hinsicht ist Lenin der *Renegat* in der Sache der proletarischen Revolution als politischer und sozialer Revolution gegenüber Kautsky.

146 Dazu kommt als ein weiterer Faktor, dass Lenin während des Ersten Weltkriegs zur Überzeugung gelangte, eine sozialistische Wirtschaft in *einem* Land könnte auch in Russland aufgebaut werden, um mit Hilfe eines nach deutschem Vorbild organisierten »Kriegssozialismus« einen revolutionären Krieg gegen die imperialistischen Mächte zu führen. Erik van Ree argumentiert: »Mit anderen Worten, neben seinem unzweifelhaften Vertrauen in die deutschen Arbeiter war es seine Überzeugung, dass der sozialistische Wirtschaftsmechanismus in einem Land - und in abgewandelter oder teilweiser Form sogar im rückständigen Russland - eingeführt werden kann, die Lenin die Zuversicht gab, den Oktoberaufstand überhaupt anzugehen.« (2010: 172f.). Ebenso war für Trotzki im Jahr 1917 der deutsche »Kriegssozialismus« zum Modell für den Aufbau des Sozialismus geworden (vgl. Huhn 1973: 103f.).

Autoritarismus und Terror als Konsequenzen des Machterhalts der Partei

Harding neigt dazu, aus den Schriften Lenins ein idealisiertes Bild von dessen politischen Vorstellungen zu erzeugen. Seine Schriften müssen aber immer mit seinem praktischen politischen Handeln konfrontiert werden. So behauptet Harding, Lenin habe in den ersten sechs Monaten nach dem Oktoberumsturz versucht, in Russland eine Staatsform des Kommune-Typs zu errichten (Bd. 2: 169). Der reale Widerspruch wird hier schon im sprachlichen Ausdruck deutlich. In der realen politischen Praxis errichtete Lenin mit dem Rat der Volkskommissare eine Regierung, die zwar formal dem *gesamtrussischen Rätekongress* und dessen *Exekutivkomitee* unterstand, sich aber in der politischen Praxis davon völlig verselbstständigte. Zudem wurden in der politischen Praxis durch die Volkskommissare die bestehenden Verwaltungsapparate der Ministerien zum größten Teil übernommen. Es wurden also mit dem Oktoberumsturz und unmittelbar

danach bereits fundamentale Widersprüche zwischen der revolutionären Theorie und der politischen Praxis der »Revolution« hergestellt. Theoretisch mag Lenin die Idee verfolgt haben, einen Staat nach dem Vorbild der Pariser Kommune zu errichten. Praktisch hat er diesen Staat errichten wollen durch eine zentrale Regierung mit absoluter Macht und einem bürokratischen Verwaltungsapparat, der weitgehend noch aus der autoritären Herrschaft des Zarismus übernommen wurde (vgl. Junker 2011). Der bürgerliche Staat wurde also praktisch nie zerschlagen, wie es dem Konzept in *Staat und Revolution*, entsprechen hätte. Stattdessen wurde ein neuer Staat mit den Verwaltungsapparaten des alten Staats errichtet. Es ist ein kaum aufzulösender Widerspruch, durch autoritäre Mittel von oben Selbstverwaltung und Selbstorganisation von unten herstellen zu wollen.

Unmittelbar nach dem Oktoberumsturz begann die Entrechtung und Verfolgung der anderen sozialistischen Parteien,

die Verhaftung von ihren Mitgliedern und das Verbot ihrer Zeitungen (Brovkin 1987: 32, 44, Rabinowitch 2010: 117). Bei den im November 1917 abgehaltenen Wahlen zur konstituierenden Versammlung, die von allen sozialistischen Parteien einschließlich der Bolschewiki immer als Grundlage zur Herstellung einer demokratischen Ordnung angesehen wurde, erlitten die Bolschewiki eine überwältigende Niederlage gegenüber den Sozialrevolutionären, die die absolute Mehrheit gewannen (Thomann 2017: 379). Sobald die Wahlergebnisse eintrafen, begannen die Bolschewiki unter Führung Lenins, entgegen dem ausdrücklichen Mandat des *Zweiten gesamtrussischen Sowjetkongresses*, mit den Vorbereitungen zur Auflösung der konstituierenden Versammlung, die dann am 19. Januar 1918 erfolgte. Lenin rechtfertigte dieses Vorgehen in seinen *Thesen zur konstituierenden Versammlung* damit, dass die Sozialrevolutionäre sich nach den Wahlen zur konstituierenden Versammlung, aber vor ihrer Einberufung gespalten hätten, und »die

150 Republik der Sowjets eine höhere Form der Demokratie« als die konstituierende Versammlung sei. Bei den Sowjets setzte sich aber genau dasselbe Vorgehen der bolschewistischen Partei fort:

»Als die Bolschewiki in allen 19 Städten, in denen im Frühjahr 1918 Sowjetwahlen stattfanden, Mehrheiten an die Menschewiki und die Sozialrevolutionäre verloren, lösten die Bolschewiki alle 19 Sowjets gewaltsam auf, anstatt die Macht friedlich an diese Parteien zu übergeben (insgesamt gab es zu diesem Zeitpunkt in 30 Städten im europäischen Russland Sowjets) (Brovkin 1983). Dies war keine Ausnahme, sondern die Regel. Es ist kein einziger Fall bekannt, in dem die Bolschewiki die Ergebnisse freier und fairer Sowjetwahlen respektiert hätten, die sie verloren, nachdem ihr Aufstand im November 1917 angeblich »alle Macht« in die Hände der Sowjets gelegt hatte. ... Sowjetrussland war weniger als ein Jahr nach der Bildung der Räteregierung zu einer Einparteien-Autokratie

geworden, was in erster Linie darauf zurückzuführen war, dass die Bolschewiki nach ihrer Machtergreifung im November 1917 demokratischen Institutionen, Praktiken und Freiheiten ablehnend gegenüberstanden. »Alle Macht den Sowjets« wurde nie in die Praxis umgesetzt. Nach dem Sturz der Provisorischen Regierung lag die Macht nicht in den Händen der Sowjets, sondern in den Händen bolschewistischer Kommissare, die allein die Kontrolle über die »besonderen Formationen bewaffneter Menschen«, die Tscheka und Militäreinheiten, ausübten, die innerhalb weniger Jahre Zehntausende streikende Arbeiter und rebellische Bauern töteten, die sich der neuen Autokratie widersetzen, die in ihrem Namen regierte.« pplsvar 2017

Das bedeutete die Entmachtung der demokratischen Sowjetmacht durch die bolschewistische Partei im Frühjahr 1918. Die Sowjets waren danach und nach der Ausschaltung der linken Sozialrevolutionäre im Juli 1918 vollständig in bolschewisti-

scher Hand. Der Oktoberumsturz war demzufolge kein Aufstand für die Räte. Er war kein Aufstand und er war *gegen* die Demokratie der Räte gerichtet. Er war eine militärische Aktion unter Führung der bolschewistischen Partei, die ihr die *Staatsmacht gegen die Sowjetmacht* sichern sollte, *ohne* proletarische Massenbeteiligung.

Doch nicht nur im politischen Raum setzten die Bolschewiki ihren Autoritarismus durch, sondern auch in den Fabriken, an der Basis derjenigen, die sie mit der Diktatur des Proletariats zu vertreten beanspruchten. Vom 7. bis zum 14. Januar 1918 fand der *Erste gesamtrussische Kongress der Gewerkschaften* statt. Die erst nach der Februarrevolution 1917 nach deutschem Vorbild von Intellektuellen aufgebauten Gewerkschaften betrachteten die in den Fabriken während der Februarrevolution entstandenen Fabrikkomitees als Konkurrenzorganisationen, deren Unterordnung sie schon bei einer Konferenz im Juni 1917 forderten. Nun stimmte der Kongress mit

überwältigender Mehrheit einer Resolution zu, die die Fabrikkomitees den Gewerkschaften unterordnete (Thomann 2017: 354ff.). Dieser Beschluss war zunächst einseitiger, den die Gewerkschaften unabhängig von den Fabrikräten gefällt hatten. Die Fabrikkomitees setzten dieser Unterordnung und Eingliederung in die Gewerkschaften aber keinen Widerstand mehr entgegen. Darin wird die größere Schwierigkeit der russischen Arbeiterklasse nach dem Oktoberumsturz deutlich, von der Thomann ausgeht. Die *Arbeitermacht*, die sich seiner Darstellung nach schon seit dem misslungenen Aufstandsversuch im Juli 1917 in der Defensive befand, war damit weitgehend zum Erliegen gekommen.

Lenins theoretische Annahmen, die die Voraussetzungen für den Übergang zum Sozialismus nach der Machtübernahme durch die Bolschewiki mit dem Oktoberumsturz darstellen sollten, stellten sich eine nach der anderen als unzutreffend und falsch heraus. Zunächst wurden die Annahmen der einfachen Übernahme

des staatsmonopolkapitalistischen Produktions- und Verwaltungsapparats und der sich kurzfristig ereignenden europäischen Revolution widerlegt. Im Frühjahr und Sommer 1918 stellte sich auch die Annahme von der Spaltung der Bauern in eine kleine Schicht reicher Bauern, der Kulaken, und eine große Masse armer Bauern, die sich für die ›Revolution‹ gewinnen ließen und sich der Führung durch das Proletariat freiwillig unterstellen und ihre Produkte zur Versorgung der Städte abgeben würden, als falsch heraus (Harding, Bd. 2: 214f). 1920 stellte Lenin fest: »Die Bauern sind keine Sozialisten.« Bei einem Bevölkerungsanteil von etwa 85% ist diese Aussage ein fatales Eingeständnis nach 3 Jahren Diktatur des Proletariats. Schon in der auf dem *Fünften gesamtrussischen Sowjetkongress* am 10. Juli 1918 beschlossenen *Verfassung der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik (RSFSR)* war ein Verhältnis der Deputierten für den gesamtrussischen Sowjetkongress von 5 zu 1 zugunsten der Stadtsowjets gegenüber der Landsowjets

festgelegt worden (vgl. ppplswar 2017). Das war die reale politische Praxis der Diktatur des Proletariats nach Lenins Konzept.

Eine Ursache dieses Problems war Harding zufolge der Erfolg der bolschewistischen Agrarpolitik der Verteilung des Landes, die sie von den Sozialrevolutionären übernommen hatten und mit der die Bauern für die ›Revolution‹ gewonnen werden sollten. Durch diese Politik verringerte sich die soziale Ungleichheit auf dem Land, also die Zahl der reichen und armen Bauern, erheblich und die meisten der armen Bauern wurden zu mittleren Bauern. Die Lösung, die Lenin für dieses Problem dann anvisiert, ist die Elektrifizierung des Landes, die Industrialisierung der Landwirtschaft und die »Vernichtung« der Bauern »als sozialer Gruppe«, indem sie in ein »höheres ökonomisches System« transferiert werden (Bd. 2: 218). In der Zwischenzeit aber mussten die Bauern mit einer Kombination aus Ermutigung und Zwang behandelt werden und die gesamte Bevölkerung von Arbeitern und Bauern müsse

mobilisiert werden, um diesen Plan umsetzen zu können (ebd.: 219). Weil die soziale Revolution mittels demokratischer Räte nicht vollzogen, sondern verhindert wurde, sollte jetzt eine administrative und technische Lösung des Problems erfolgen.

Die Diktatur des Proletariats ist Lenin zufolge notwendig, um die Klassen abzuschaffen. Wenn die Klassen aufhören zu existieren, würde die Diktatur nicht mehr notwendig sein. Zur Abschaffung der Klassen müsse der Unterschied zwischen Arbeitern und Bauern zum Verschwinden gebracht werden, indem alle zu Arbeitern werden. Die Abschaffung der Klassen bedeutet also bei Lenin nach der ›Revolution‹, dass durch gesellschaftliche Produktion in großem Maßstab alle zu Arbeitern werden (Harding, Bd. 2: 221). Bereits im Mai 1918 stellt Lenin aber fest, dass die Bolschewiki nur auf die *politisch bewussten* Arbeiter zählen können; alle anderen, die übrige Masse der Arbeiter, die Bourgeoisie und die Kleinbürger, seien gegen sie. Die Diktatur des Proletariats könne sich nur

auf die »kleine Sektion der fortgeschrittenen und politisch bewussten Arbeiter in Russland« stützen (Harding, Bd. 2: 227).

Die Basis der ›sozialistischen Revolution‹, die der Oktoberumsturz hatte sein sollen, stellte sich für Lenin zunehmend als nicht vorhanden heraus: Waren es zum Zeitpunkt des Umsturzes seiner Vorstellung nach die Arbeiterklasse und die Bauern, die die Grundlage der bolschewistischen Macht darstellen sollten, stellten sich schon 6 Monate nach dem Oktoberumsturz die Bauern und die breite Masse der Arbeiter für Lenin als ungeeignet dafür heraus. Nur noch die politisch bewussten Arbeiter sah er im Mai 1918 als Grundlage der bolschewistischen Macht an. Nach dem Ende des Bürgerkriegs Ende 1920 war aber für Lenin selbst diese Basis nicht mehr vorhanden. Die Arbeiter waren aus seiner Sicht durch den Bürgerkrieg zu Kleinbürgern deklassiert worden. Nun blieb für ihn auch *theoretisch* nur noch die *Partei* als Grundlage der Diktatur des Proletariats, die sie *strategisch* und *faktisch* seit

dem Oktoberumsturz schon war. Bereits im Frühjahr 1920 schreibt er dementsprechend in *Der »Linke Radikalismus«, die Kinderkrankheit im Kommunismus*:

»Jedermann weiß, daß die Massen sich in Klassen teilen; ... daß die Klassen gewöhnlich und in den meisten Fällen, wenigstens in den modernen zivilisierten Ländern, von politischen Parteien geführt werden; daß die politischen Parteien in der Regel von mehr oder minder stabilen Gruppen der autoritativsten, einflußreichsten, erfahrensten, auf die verantwortungsvollsten Posten gestellten Personen geleitet werden, die man Führer nennt. ... Wer die eiserne Disziplin der Partei des Proletariats (besonders während seiner Diktatur) auch nur im geringsten schwächt, der hilft faktisch der Bourgeoisie gegen das Proletariat.« Lenin 1920

Trotsky erklärt in völliger Übereinstimmung mit Lenin in *Terrorismus und Kommunismus*:

»Man hat uns vielfach vorgeworfen, wir hätten die Diktatur der Sowjets nur vorgetäuscht, in Wirklichkeit aber eine Diktatur unserer Partei ausgeübt. Dabei kann aber mit vollem Recht gesagt werden, daß die Diktatur der Sowjets nur möglich geworden ist vermittelt der Diktatur der Partei: dank der Klarheit ihrer theoretischen Erkenntnis und ihrer festen revolutionären Organisation sicherte die Partei den Sowjets die Möglichkeit, sich aus formlosen Parlamenten der Arbeit in einen Apparat der Herrschaft der Arbeit zu verwandeln. In dieser »Unterschiebung« der Macht der Partei an Stelle der Macht der Arbeiterklasse liegt nichts Zufälliges, und dem Wesen nach ist auch durchaus keine Unterschiebung vorhanden. Die Kommunisten bringen die grundlegenden Interessen der Arbeiterklasse zum Ausdruck.« Trotsky 1920⁸

8 Stalin begründet sein Herrschaftssystem mit eben diesem politischen Konzept: »Diese besondere Form des Bündnisses besteht darin, daß die führende Kraft dieses Bündnisses das Proletariat ist. Diese besondere

160 Damit glaubten Lenin und Trotzki, das Problem der Diktatur des Proletariats als Diktatur einer Partei und ihrer Führung theoretisch gelöst zu haben, indem sie es als nicht existierend erklärten (vgl. Kolakowski 1978: 561, 566ff.). Faktisch war aber der

Form des Bündnisses besteht darin, daß der Führer des Staates, der Führer im System der Diktatur des Proletariats *eine* Partei ist, die Partei des Proletariats, die Partei der Kommunisten, die die Führung mit anderen Parteien *nicht teilt und nicht teilen kann*. ... Die Diktatur des Proletariats hat ihre Perioden, ihre besonderen Formen, ihre verschiedenartigen Arbeitsmethoden. In der Periode des Bürgerkrieges ist das Merkmal der Gewalt in der Diktatur besonders augenfällig. Aber daraus folgt keineswegs, daß in der Periode des Bürgerkrieges keine Aufbauarbeit geleistet wird. Ohne Aufbauarbeit ist es unmöglich, den Bürgerkrieg zu führen. In der Periode des Aufbaus des Sozialismus ist umgekehrt die friedliche, organisatorische, kulturelle Arbeit der Diktatur, die revolutionäre Gesetzlichkeit usw. besonders augenfällig. Aber daraus folgt wiederum keineswegs, daß das Merkmal der Gewalt in der Diktatur während der Periode des Aufbaus wegfällt oder weggelassen kann. Die Organe der Unterdrückung, die Armee und andere Organisationen sind jetzt, in der Zeit des Aufbaus, nicht minder notwendig als in der Zeit des Bürgerkrieges. Ohne das Vorhandensein dieser Organe ist keine einigermaßen gesicherte Aufbauarbeit der Diktatur möglich.« (Stalin 1926)

Staat, der nach dem Oktoberumsturz durch Lenin und die bolschewistische Partei errichtet wurde, bereits mit der weitgehenden Ausschaltung der linken Sozialrevolutionäre nach deren Anschlag auf den deutschen Botschafter im Juli 1918 zu einer Einparteiendiktatur geworden (Rabinowitch 2010: 412ff., Ruge 2010: 153, pplswar 2017). Anzumerken ist dabei, dass diese Verzweiflungstat vom ZK der linken Sozialrevolutionäre beschlossen und durchgeführt wurde, nachdem die Bolschewiki die Wahl der Deputierten zum *Fünften gesamt-russischen Sowjetkongress* zu ihren Gunsten manipuliert hatten und die Proteste der linken Sozialrevolutionäre nicht zu einem Einlenken geführt hatten (Rabinowitch 2010: 386f.). Schon im Mai 1918 hatte Lenin in dem Dekret zur »Diktatur im Ernährungswesen« gefordert, »zur Rettung vor Hungersnot einen schonungslosen und terroristischen Kampf und Krieg zu führen gegen die bäuerliche und sonstige Bourgeoisie, die Getreideüberschüsse zurückhält«, was faktisch eine Politik des Terrors

gegenüber der bäuerlichen Mehrheit der Bevölkerung bedeutete. Im September 1918 wurde schließlich vom Rat der Volkskommissare die Politik des ›Roten Terrors‹ gegenüber denjenigen verkündet, die als Sozialrevolutionäre, Weißgardisten oder Angehörige der Bourgeoisie definiert wurden. Klassenfeinde sollten in Konzentrationslagern isoliert, Weißgardisten exekutiert und das Hinterland durch Terror gesichert werden (Ruge 2010: 237f.). Während des durch den Umsturz ausgelösten Bürgerkrieges wurde die *Politik des Terrors* im Namen der Verteidigung der Diktatur des Proletariats in großem Maßstab eingeführt, die später von Stalin zum umfassenden Herrschaftssystem ausgebaut wurde.⁹

⁹ Begonnen hat diese Politik des Terrors Isaak Steinberg in *Gewalt und Terror in der Revolution* zufolge aber bereits nicht lange nach dem Oktoberumsturz mit dem Dekret vom Dezember 1917 gegen die Kadettenpartei, das diese außerhalb des Gesetzes stellte, und dem Dekret zur Landesverteidigung vom 21. Februar 1918, in dem Erschießungen von allen möglichen ›Feinden der Revolution‹ legalisiert wurden (1981: 35f, 41ff.).

Zugleich zeigte sich aber auch ein immer weiter zunehmender *Bürokratismus* in Partei und Staat, so dass aus Lenins Sicht selbst die *Partei* nicht mehr ihre Aufgabe als führende Kraft der Diktatur des Proletariats erfüllen konnte. Die Kritik der *Arbeiteropposition* und der *Kommune von Kronstadt*, die den Verrat an der Räte Demokratie anprangerten, wurde im Frühjahr 1921 mit aller Härte niedergeschlagen, Fraktionen verboten und die Partei noch stärker zentralisiert. In dieser Situation blieb von Lenins Klassen- und Parteitheorien nichts mehr übrig und er sah den Ausweg nur noch in den persönlichen Qualitäten ausgesuchter Kader. Die *Arbeiter- und Bauerninspektion* sollte das Problem des Bürokratismus in Partei und Staat lösen und damit den ›Sozialismus‹ in Russland retten. Die Leitung des dafür zuständigen Kommissariats hatte ausgerechnet Stalin inne, der auch für die Auswahl der geeigneten Kader verantwortlich war. Am Ende seines Lebens blieb Lenin nur noch übrig, die persönlichen Qualitäten des engen Kreises

der führenden Bolschewiki durchzugehen, um geeignete Kandidaten für seine Stelle als ›Revolutionsführer‹ zu finden. Weder Stalin noch Trotzki erschienen ihm geeignet, diese Aufgabe in seinem Sinne fortzuführen. Harding beschreibt es als Jakobinismus, zu dem er am Ende gekommen sei. Lenin wurde aber weder fündig, noch hatte es irgendeine Relevanz mehr, da er selbst das System und die Institutionen geschaffen hatte, die Stalin nun nutzen konnte, um zuerst Lenin und dann Trotzki und unzählige Andere politisch auszuschalten und sein eigenes Herrschaftssystem auf der Grundlage des Bolschewismus zu errichten.

Die Verschmelzung von wissenschaftlichem Sozialismus und Arbeiterbewegung und deren politische Verwirklichung durch die Diktatur des Proletariats, wie Lenin sie konzipiert hatte, war gescheitert und ging in eine autoritäre Parteidiktatur über. Selbst Lih schreibt in *Lenin* (2012: 203), dass das, was er Lenins *heroisches Szenario*

nennt, also die Hegemonie, der Führungsanspruch oder die Diktatur des Proletariats, alles andere als realistisch, da auf unhaltbaren Annahmen gegründet gewesen sei. Der Stalinismus ist daher als Resultat des Scheiterns von Lenins Konzept der *Hegemonie des Proletariats* als *Diktatur des Proletariats* durch die *Diktatur einer Partei* in der politischen Realität nach dem Oktoberumsturz 1917 zu erklären.¹⁰ Die behauptete *Notwendigkeit*, mit der die politischen Maßnahmen von Verteidigern des Oktoberumsturzes gewöhnlich gerechtfertigt werden, ergibt sich vor allem aus dem Zweck des *Machterhaltes* der Bolschewiki, der mit der Sowjetmacht und der Arbeitermacht gleichgesetzt wird. Gerade diese

10 »Denn das Scheitern der russischen Revolution, als einer Revolution, die die Ausbeutung beseitigen, den Staat zur Auflösung bringen, die Menschen von ihrem Proletarierschicksal erlösen und den Sozialismus verwirklichen sollte, ist nicht bedingt durch Rußland, durch das Ausbleiben der Weltrevolution, durch die Sünden der Bürokratie, durch Stalin. Es ist einzig und allein bedingt durch das bolschewistische System.« (Rühle 1971: 25)

166 Gleichsetzung der Parteimacht mit der Sowjetmacht und der Arbeitermacht ist aber Lenins *heroisches Szenario* des Führungsanspruchs der bolschewistischen Partei, das Lih als unrealistisch, da auf unhaltbaren Annahmen gegründet, und als Grund für das Scheitern von Lenins Projekt angibt.¹¹ Das leninsche Konzept des zweifachen Führungsanspruchs der Partei gegenüber dem Proletariat und des Proletariats gegenüber der Mehrheit der Bevölkerung, das die Gleichsetzung von Parteimacht,

¹¹ »All in all, Lenin's heroic scenario was far from realistic. Yet perhaps his utter confidence in it was the necessary illusion that enabled him to confront a situation of stormy political and economic collapse. In 1917 Lenin stood tall among the leaders of other Russian parties because they had enough sense to be frightened out of their wits by the oncoming disaster – the social and economic breakdown that was just around the corner – whereas he saw it as an opportunity. Lenin can be viewed as a Noah figure, confidently building his ark as the flood waters rose. As it turned out, the ark was leaky because it was built on unsound assumptions, the voyage involved more suffering than anyone bargained for, and the ark ended up far from where its builder planned. But nevertheless the ark did ride out the storm.« (Lih 2012: 203f.)

Arbeitermacht und Sowjetmacht bedeutete, war in sich autoritär, da es etwas als identisch oder als identisch zu machen gesetzt hat, was nicht identisch war. Es war von Beginn an gleichbedeutend mit der Diktatur einer Minderheit und damit der direkte Weg in den Terror.

Diese unausweichliche Folge des Versuchs der Verwirklichung von Lenins Konzept der Diktatur des Proletariats stellt der linke Sozialrevolutionär Isaak Steinberg, der von Dezember 1917 bis März 1918 Volkskommissar für Justiz in der Koalitionsregierung mit den Bolschewiki war, klar dar:

»Die Konstruktion der Bolschewiki besitzt aber eine ihr eigene starre, von ihnen selber unabhängige Logik. Die ›Diktatur der Partei‹, die später zur Diktatur einer kleinen Anzahl von Parteiführern wird, zwingt die Staatsgewalt, ihre klassenbewußten und standhaften Gegner zu meiden und die Verwaltungsstellen mit Männern zu besetzen, die ihr ergeben,

wenn auch innerlich fremd und feindlich sind. Das führt zur Stärkung des Beamtentums, zur Diktatur der Bürokratie, zur Satrapenwirtschaft, zu einer noch größeren Trennung zwischen der Regierung und den Massen. Um aber dieses System aufrechtzuerhalten, muss die Waffe des Terrors permanent benutzt werden. Daher sondert sich innerhalb der Bürokratie eine besondere Schicht ab, die über die Terrorinstrumente unmittelbar verfügt und sie unmittelbar in Wirkung treten läßt. Die Diktatur der Bürokratie bedeutet unter dem Terror die Diktatur der Polizei. Unter der terroristischen Minderheitsdiktatur werden sämtliche Funktionen des Staates der einzigen allumfassenden Aufgabe des Polizeidienstes unterworfen. »L'Etat wird zur »polices, und diese Polizei sucht und findet immer Nahrung. Da die Funktion der Polizei von ihren Agenten keine allzu hohen Tugenden verlangt, so wird der Terror unvermeidlich zu einer »Erziehungsanstalt für Schurken«, die häufig an die Spitze der Staatsorgane

aufzurücken. Im Endergebnis befestigt der Terror das monarchistische Prinzip an der Spitze der Staatsmaschine und das Prinzip der Zersetzung in den übrigen Teilen der Maschinerie. So entsteht die Teilnahmslosigkeit der Massen, das Erlahmen der schöpferischen Antriebe, der unüberwindliche Abscheu gegen alles Soziale.« Steinberg 1981: 106ff.

Kolakowski beschreibt den daraus folgenden Totalitarismus, den Lenin begründet hat:

»Die Unterdrückung bürgerlicher Freiheiten im Namen der Aufrechterhaltung und Stärkung der bestehenden Macht ist noch kein totalitäres System, wenn sie nicht mit einem anderen Grundsatz Hand in Hand geht: dem Grundsatz, daß jegliche Tätigkeit der Menschen in allen Bereichen – der Wirtschaft oder der Kultur – ausschließlich den Zielen des Staates untergeordnet sein müsse, daß nicht nur Aktionen, die sich gegen die bestehende

Herrschaft richten, absolut verboten sind und bekämpft werden, sondern daß es außerdem überhaupt keinen politisch-neutralen Lebensbereich gibt und daß jedem Bürger nur diejenige Tätigkeit erlaubt ist, die zugleich von den staatlichen Zielen vorgesehen ist, daß jeder einzelne Eigentum des Staates ist und als solches vom Staat behandelt wird. Das sowjetische Herrschaftssystem, das diese Grundsätze aus der Tradition des Zarismus übernahm und aufs äußerste vervollkommnete, war auch in dieser Hinsicht das Werk Lenins. [...] An den schlimmsten Exzessen aus den schlimmsten Jahren des Stalinismus gibt es absolut nichts, was sich nicht mit den Leninschen Grundsätzen rechtfertigen ließe, wenn man nur zeigen kann, daß die Sowjetmacht dadurch gestärkt wurde. ... Die universale Herrschaft der Lüge erwuchs nicht aus dem schlechten Charakter Stalins, sondern sie wurde errichtet, weil sich eine Herrschaft, die auf den Leninschen Grundsätzen beruhte, allein auf diese Weise legitimieren konnte.

Deshalb war die Parole, die zur Zeit der Stalinschen Diktatur in der Sowjetunion unablässig wiederholt wurde: »Stalin – der Lenin von heute«, vollkommen richtig.«

1978: 571, 573f.

Sowjetmacht steht hier selbstverständlich nur als ideologische Bezeichnung für die Partei- und Staatsmacht.

Die Folgen des bolschewistischen Terrorsystems für die revolutionäre Arbeiterbewegung

Eine Konsequenz des Terrors, der von der bolschewistischen Partei nach dem Oktoberumsturz in immer größerem Ausmaß ausgeübt wurde, war die *Diskreditierung der politischen und sozialen Revolution* überhaupt, worauf Kautsky, der seit der Spaltung der deutschen Sozialdemokratie 1917 Teil der USPD war, verweist (1990: 55f.). Eine wesentliche Annahme, mit der der Oktoberumsturz unternommen wurde, die Ausweitung der Revolution auf die

Industrieländer, als erstes nach Deutschland, und schließlich die Weltrevolution, wurde gerade dadurch untergraben. Bereits am 17. Dezember 1917 war in der sozialdemokratischen *Leipziger Volkszeitung* ein Artikel von Alexander Stein, ebenfalls USPD-Mitglied und als jüdisch-lettischer Exilant der russischen Sprache mächtig, mit dem Titel »Demokratie oder Diktatur?« erschienen, in dem dieser die Diktatur des Proletariats als Diktatur einer einzigen Partei kritisiert: Sie sei die »Diktatur einer Gruppe der Bolschewikipartei, die die Leitung der Bewegung an sich gerissen hat«. Die gesamte innere und äußere Politik der Regierung unter der Führung von Lenin und Trotzki würde sich zwangsläufig aus dieser Diktatur ergeben, deren Basis mit jedem Tag schmaler werde. Er wies auf willkürliche Verhaftungen und Repressionen, die Einschränkungen der Pressefreiheit und die Androhung der Auflösung der konstituierenden Versammlung durch die Bolschewiki hin und erklärte: »Das internationale Proletariat kann nicht wünschen,

daß die revolutionäre Bewegung in Rußland eine so verhängnisvolle Wendung nimmt, die alle an sie geknüpften Hoffnungen vernichten würde.« (Zarusky 1992: 36) Nach der tatsächlich erfolgten Auflösung der konstituierenden Versammlung durch die Bolschewiki schrieb der *Vorwärts*, die Zeitung der MSPD, die Auflösung der Konstituante sei zwar abzusehen gewesen, doch habe es für die unterdrückte Mehrheit gegolten, »eine historische Tat zu vollbringen, an welche die gegen den bolschewistischen Terror kämpfenden Parteien später wieder anknüpfen können« (ebd.: 39). Dort wurde auch Kautskys im September 1918 erschienene Kritik der bolschewistischen Politik *Die Diktatur des Proletariats* besprochen und erklärt, es finde sich darin »kaum ein Wort, das wir nicht unterschreiben möchten« (ebd.: 60). Die Vorgänge in Rußland und deren repressive Konsequenzen waren in der deutschen Sozialdemokratie gut bekannt. Die autoritäre Politik der bolschewistischen Partei, die sie mit dem Oktoberumsturz und der Übernahme

der Staatsmacht in der Folge durchsetzte, wurde so zu einem Beweggrund für die Mehrheitssozialdemokratie und Teile der unabhängigen Sozialdemokratie, in Deutschland auf den Parlamentarismus zu setzen (vgl. Kolb 1962: 169). In der gemeinsamen Sitzung von Reichstagsfraktion und Parteiausschuss am 23. September 1918 stellte Ebert die Führung der MSPD vor die Entscheidung: »Wollen wir jetzt keine Verständigung mit den bürgerlichen Parteien und der Regierung, dann müssen wir die Dinge laufen lassen, dann greifen wir zur revolutionären Taktik, stellen uns auf die eigenen Füße und überlassen das Schicksal der Partei der Revolution. Wer die Dinge in Rußland erlebt hat, der kann im Interesse des Proletariats nicht wünschen, daß eine solche Entwicklung bei uns eintritt.« (Winkler 1999: 18).

Die mit dem Oktoberumsturz eingeleitete Errichtung einer terroristischen Diktatur über das Proletariat und die Bauern ist selbstverständlich nur ein Faktor, der zur Position der Führung der MSPD in

der Novemberrevolution in Deutschland geführt hat. Der Parlamentarismus war für die MSPD und weite Teile der USPD eine »staatspolitische Grundidee« (Kolb 1962: 169). Diese Idee resultierte auch aus dem *Etatismus der Sozialdemokratie*, der Vorstellung eines *Staatssozialismus* als einem Erbe des Lassalleanismus, gegen das Marx und Engels sich stets eingesetzt hatten.¹² Dadurch hatte sich schon vor 1918 vor allem mit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion eine Führungsschicht herausgebildet, die an den

12 »Die Neu-Lassalleaner (Reformisten und Revisionisten) unterscheiden sich demnach von den Bolschewiki nur dadurch, daß sie eine andere Vorstellung über den Staat haben, der den Sozialismus organisieren soll: sie glaubten, daß sowohl der kaiserlich-konstitutionelle wie der demokratisch-parlamentarische Staat dazu imstande wäre, während die Leninisten ihren Einparteiensstaat, die Diktatur ihrer Partei dafür für nötig halten. Für beide ist also die staatliche Organisationsform wesentlich und nicht die gesellschaftliche, die für beide lediglich Objekt des staatlichen Subjekts ist. So erklärt es sich auch, daß sowohl Trotzki wie Lenin und andere Bolschewiki gebannt auf das Vorbild des deutschen »Kriegssozialismus« starrten und nichts sehnlicher wünschten, als ihn unter der Hegemonie ihrer Partei auf Rußland zu übertragen.« (Huhn 2003: 58)

parlamentarischen Staat gebunden war. Dennoch wurde die Novemberrevolution von *sozialdemokratisch* geprägten und organisierten Soldaten und Arbeitern durchgeführt. Der aus der Novemberrevolution hervorgegangene Bürgerkrieg in Deutschland war damit sowohl ein Kampf zwischen verschiedenen Teilen der Sozialdemokratie untereinander als auch zwischen dem reaktionären Teil des kaiserlichen Offizierskorps unter Führung der Obersten Heeresleitung, der sozialdemokratischen Mehrheit der Arbeiter- und Soldatenräte und einer utopistisch-revolutionären Minderheit von Arbeitern. Dabei stützte sich der Rat der Volksbeauftragten als von den Arbeiter- und Soldatenräten bestätigte Revolutionsregierung, der ab dem 29. Dezember 1918 ausschließlich aus der staatssozialistisch geprägten Führung der MSPD bestand, zur Verteidigung der parlamentarischen Ordnung schließlich auch auf die militärische Gewalt rechtsgerichteter, konterrevolutionärer Freikorps (vgl. Ströbel 1920: 77ff., Rosenberg 1961: 58ff.).

Auch hier, wie in Russland, ging es der Mehrheit der Arbeiter und Soldaten um die *Einheit der Sozialisten*, die aber durch die Verhärtung der verschiedenen Seiten auch hier nicht zustande kam (vgl. Ströbel 1920: 110, Kluge 1975: 269).¹³

¹³ »Die Agitation der äußersten Linken hatte sich schlimmer Übertreibungen schuldig gemacht. Liebknecht, Rosa Luxemburg und ihre Anhänger hatten mancherlei unerfüllbare politische und soziale Forderungen gestellt und durch ihre ätzende, häufig ungerechte Kritik aller Regierungshandlungen jene überhitzte Stimmung unter den radikalen Arbeiter- und Soldatenschichten erzeugen helfen, die den so notwendigen Zusammenschluß der proletarischen Kräfte und eine vernünftige Fortführung der Revolution erschwerte. Aber die Agitation der Spartakisten hätte niemals so fruchtbaren Boden, so starken Widerhall bei den Arbeitern gefunden, wenn nicht die rechtssozialistischen Volksbeauftragten durch ihr klägliches Anlehnungsbedürfnis nach rechts und durch ihre Blindheit gegen die konterrevolutionären Umrtriebe den Eindruck erweckt hätten, daß in solchen Händen die Errungenschaften der Revolution bald wieder zerrinnen müßten. Und je frecher die Reaktion sich wieder hervortraute, je schamloser man die Revolution und ihre Organe, die A.- u. S.-Räte, verlästerte, je kecker wieder der Militarismus sein Haupt erhob, und je schwächerlicher und duldsamer sich die Rechtssozialisten diesem Treiben gegenüber verhielten, desto leichter musste in den Gemütern gerade der tatkräftigsten

Auf dem *Allgemeinen Kongress der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands*, der nach der Novemberrevolution vom 16. bis 21. Dezember 1918 in Berlin stattfand und auf dem mit großer Mehrheit die Entscheidung zugunsten der Nationalversammlung gegenüber einem Rätesystem fiel, begründete Max Cohen als Vertreter der MSPD deren Eintreten für die Nationalversammlung eben mit dem politischen Scheitern der bolschewistischen Minderheitsdiktatur. Er berief sich dabei auf den von

proletarischen Elemente die Losung zünden, daß die Revolution durch kompromißlerische Halbheit hoffnungslos verpuscht sei und daß sie durch eine wirkliche Revolution weitergetrieben werden müsse. Und statt diese Auffassung durch Belehrung, vor allem aber durch beweiskräftige Taten, durch kräftige Sicherung der Revolution, durch Zurückweisung militärischer Anmaßungen und durch beschleunigte Inangriffnahme demokratischer und sozialistischer Maßregeln zu widerlegen, begannen die rechtssozialistischen Führer, sich aus kopfloser Bolschewistenangst einen neuen Militarismus heranzuzüchten, der die verhaßte Linke schonungslos niederwerfen sollte. Kein Wunder, daß bei einer so unsinnigen Taktik von links und rechts die Revolution in den blutigsten Bürgerkrieg münden musste...« (Ströbel 1920: 86f.)

Luxemburg verfassten Entwurf des Programms der KPD, in dem es heißt: »Sie [die proletarische Revolution] ist kein verzweifelter Versuch einer Minderheit, die Welt mit Gewalt nach ihrem Ideal zu modeln«¹⁴, und erklärte: »In Rußland besteht dieser verzweifelte Versuch einer Minderheit, Rußland nach dem Ideal der Bolschewisten zu modeln, das kann doch von niemandem bestritten werden.« Weiter führte er

14 »Die proletarische Revolution bedarf für ihre Ziele keines Terrors, sie haßt und verabscheut den Menschenmord. Sie bedarf dieser Kampfmittel nicht, weil sie nicht Individuen, sondern Institutionen bekämpft, weil sie nicht mit naiven Illusionen in die Arena tritt, deren Enttäuschung sie blutig zu rächen hätte. Sie ist kein verzweifelter Versuch einer Minderheit, die Welt mit Gewalt nach ihrem Ideal zu modeln, sondern die Aktion der großen Millionenmasse des Volkes, die berufen ist, die geschichtliche Mission zu erfüllen und die geschichtliche Notwendigkeit in Wirklichkeit umzusetzen. [...] Der Spartakusbund wird nie anders die Regierungsgewalt übernehmen als durch den klaren, unzweideutigen Willen der großen Mehrheit der proletarischen Masse in Deutschland, nie anders als kraft ihrer bewußten Zustimmung zu den Ansichten, Zielen und Kampfmethoden des Spartakusbundes.« (Protokoll des Gründungsparteitages der KPD 1972: 317f., 323)

aus, dass Marx nicht so ausgelegt werden könne, dass er an eine Diktatur einer Minderheit gedacht hat und zitiert Marx damit, »daß die Arbeiterklasse nicht die fertige Staatsmaschine einfach in Besitz nehmen und sie für die eigenen Zwecke in Bewegung setzen kann« und schließt daraus: »Marx sagt das Gegenteil dessen, was der Bolschewismus in der Praxis getan hat und jetzt noch tut.« Der Bolschewismus stelle die Marxsche Auffassung geradezu auf den Kopf:

»Wer jetzt aus den bolschewistischen Zeitungen in Rußland gelesen hat, wie sehr die ›außerordentliche Kommission‹ der Bolschewisten den Arbeitern aber auch jedes Recht der Selbstverwaltung so gut wie genommen hat, der wird mir zustimmen können, wenn ich sage, mit Marx, marxistischer und sozialistischer Auffassung hat das dort in Rußland wirklich aber auch gar nichts mehr gemein. Nun frage ich Sie, Parteigenossen, — wir wollen uns einmal ganz ruhig darüber unterhalten —:

was hat der Bolschewismus, die Diktatur des Proletariats in Rußland erreicht? Nach meiner Überzeugung nichts, was zur Förderung des Sozialismus, sondern nur, was dazu dienen kann, den Sozialismus auf Jahrzehnte hinaus zu diskreditieren.«

Allgemeiner Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands: 108f.

So hat der Autoritarismus und der Terrorismus der bolschewistischen Diktatur des Proletariats als *Diktatur einer Partei* dazu beigetragen, in Deutschland die Einrichtung einer Räte Demokratie zu verhindern. Gerade weil die autoritäre Parteidiktatur unter dem Namen der Sowjetmacht errichtet wurde, ist die Räterepublik zum Ausdruck für ein abschreckendes Beispiel eines autoritären und terroristischen Herrschaftssystems geworden.¹⁵

¹⁵ »Der Marxismus-Leninismus-Stalinismus repräsentiert den Niedergang der kommunistischen Bewegung im Weltmaßstab. Er ist der Ausdruck der auf den Ersten Weltkrieg folgenden verlorenen Revolution – insoweit sie als proletarische Revolution gelten konnte. ... Im internationalen Maßstab und für die

Die Sowjetrepublik und Arbeiterräte wurden nun von der Mehrheit der Sozialdemokratie mit einer *terroristischen Diktatur* als *Staatsform* und der *Abschaffung der Demokratie* verbunden (vgl. Kolb 1962: 169), wie sich auch bei Kautsky in seiner im Juni 1919 erschienenen Schrift *Terrorismus und Kommunismus* sehen lässt (1990: 342). Darin beschreibt er die aus dem Oktoberumsturz

internationale Arbeiterbewegung hat der Leninismus nur von einer Niederlage zur anderen geführt, wenn es sich auch zumeist nur um kampflose Niederlagen handelte. ... Wenngleich dieser vollkommene Zerfall der internationalen revolutionären Bewegungen seinen Tiefpunkt nach dem Tode Lenins erreichte, fällt die Verantwortung dafür dem Leninismus als einer Basis der stalinistischen Politik zu. Obwohl es mehrfach versucht wurde, kann man vom Stalinismus nicht abstrahieren, wenn man vom Leninismus spricht. Aber selbst da, wo es geschieht, bleibt die Tatsache bestehen, daß der Leninschen Revolution durch das Konzept der staatskapitalistischen Parteidiktatur bereits die Gegenrevolution eingebaut war. Allerdings lassen sich gewichtige Unterschiede zwischen Lenin und Stalin ermitteln, da der eine die ihm als notwendig erscheinende Diktatur nur begann, während der andere sie bis zur äußersten Vollendung brachte. Auch ihr Stil war unterschiedlich: bei Lenin wurde die Wahrheit zur Demagogie, während für Stalin die Demagogie zur Wahrheit wurde.« (Mattick 1970: 199f.)

hervorgegangene Gesellschaftsform in Russland als *neue Klassengesellschaft*, neben der kleinbürgerlichen Bauernwirtschaft auf dem Land, in der Stadt bestehend aus drei Klassen: Einer unteren Klasse der ehemaligen Bourgeois, Kapitalisten, Kleinbürger und oppositionellen Intellektuellen, einer mittleren Klasse der Lohnarbeiter und einer neuen Klasse der Beamten und der Bürokratie, die durch ihre Leitungsfunktion in Industrie, Verwaltung und Politik die wirkliche Macht ausübe. Die Ersetzung der Demokratie durch die Diktatur habe die Willkürherrschaft der *neuen Bürokratie* ermöglicht (ebd.: 324f.). Die Bolschewiki hätten, »um zur Macht zu gelangen, ihre demokratischen Grundsätze über Bord geworfen. Sie haben, um sich in der Macht zu erhalten, ihre sozialistischen Grundsätze den demokratischen nachfolgen lassen. Sie haben sich als *Personen* behauptet, aber ihre *Grundsätze* geopfert und sich dadurch als echte Opportunisten erwiesen. Der Bolschewismus hat in Rußland bis jetzt gesiegt, doch der Sozialismus

schon jetzt dort eine Niederlage erlitten. [...] Sobald sie einmal diese Bahn betreten hatten, konnte sie dem Terrorismus nicht entgehen. Der Gedanke einer friedlichen wirklichen Diktatur ohne Gewalttat ist eine Illusion. Die Werkzeuge des Terrorismus wurden die Revolutionstribunale und außerordentlichen Kommissionen, von denen wir schon gesprochen haben. ... Erschießen – das ist das A und O der kommunistischen Regierungsweise geworden.« (ebd.: 323, 330f.). Damit hat Kautsky mit dem Terrorismus die gemeinsame Grundlage von Bolschewismus und Stalinismus bereits 1919 beschrieben, noch bevor dieser entstanden war. Die Errichtung einer terroristischen Diktatur durch die Bolschewiki unter dem Namen der Sowjetmacht hat die revolutionäre Arbeiterbewegung auf der ganzen Welt dauerhaft geschwächt und das Erreichen ihres Ziels der Überwindung kapitalistischer Ausbeutung und staatlicher Herrschaft durch demokratische Selbstorganisation sehr viel schwieriger gemacht.

Literatur

- AG Elektronisches Publizieren (2008): Stenographische Berichte 1. Allgemeiner Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands. <https://doi.org/10.18452/623>
- Anweiler, Oskar (1958): Rätebewegung in Russland, Leiden: E.J.Brill.
- Brovkin, Vladimir (1983): The Mensheviks' Political Comeback. The Elections to the Provincial City Soviets in Spring 1918, *The Russian Review*, vol 42, 1983, S. 1-50.
- Brovkin, Vladimir (1987): The Mensheviks after October. Socialist Opposition and the Rise of the Bolshevik Dictatorship. Ithaca, NY: Cornell University Press.
- Deutscher, Isaac (1969): Die sowjetischen Gewerkschaften. Ihr Platz in der sowjetischen Arbeitspolitik. Frankfurt/M.: Europäische Verlagsanstalt.
- Harding, Neil (1983): Lenin's Political Thought. Theory and Practice in the Democratic and Socialist Revolutions. London: MacMillan Press.
- Huhn, Willy (1973): Trotzki. Der gescheiterte Stalin. Berlin: Karin Kramer Verlag.
- Huhn, Willy (2003): Der Etatismus der Sozialdemokratie. Zur Vorgeschichte des Nazifaschismus. Freiburg: ca ira.
- Junker, Stefan (2011): Die Bolschewiki und die Übernahme der Ministerialbürokratie. https://www.grundrisse.net/grundrisse40/bolschewiki_und_die_buerokratie.htm
- Kautsky, Karl (1919): Das Erfurter Programm. In seinem grundsätzlichen Teil erläutert. Stuttgart: Dietz Verlag.
- Kautsky, Karl (1990): Die Diktatur des Proletariats. Terrorismus und Kommunismus. Von der Demokratie zur Staatssklaverei. Berlin: Dietz Verlag.

- Kluge, Ulrich (1975): Soldatenräte und Revolution. Studien zur Militärpolitik in Deutschland 1918/19, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Kolakowski, Leszek (1978): Die Hauptströmungen des Marxismus. Entstehung, Entwicklung, Zerfall, Bd. 2, München: Piper Verlag.
- Kolb, Eberhard (1962): Die Arbeiterräte in der deutschen Innenpolitik 1918-1919. Düsseldorf: Droste Verlag.
- Korsch, Karl (1932): Zur Geschichte der marxistischen Ideologie in Rußland. In: Ders. (1974): Politische Texte. Frankfurt/M.: Europäische Verlagsanstalt, S. 248-260.
- Lenin, Wladimir I. (1902): Was tun? Brennende Fragen unserer Bewegung.
- Lenin, Wladimir I. (1905): Zwei Taktiken der Sozialdemokratie.
- Lenin, Wladimir I. (1916): Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus.
- Lenin, Wladimir I. (1917a): Die drohende Katastrophe und wie man sie bekämpfen soll.
- Lenin, Wladimir I. (1917b): Staat und Revolution.
- Lenin, Wladimir I. (1917c): Die Bolschewiki müssen die Macht ergreifen.
- Lenin, Wladimir I. (1917d): Werden die Bolschewiki die Staatsmacht behaupten?
- Lenin, Wladimir I. (1918a): Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht.
- Lenin, Wladimir I. (1918b): Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky.
- Lenin, Wladimir I. (1920): Der »linke Radikalismus«, die Kinderkrankheit des Kommunismus.
- Lih, Lars (2006): Lenin Rediscovered. What Is to Be Done? in Context. Leiden: Brill.
- Lih, Lars (2012) Lenin. London: Reaktion Books.

- Mandel, David (2017): The Petrograd Workers in the Russian Revolution. February 1917 – June 1918, Chicago: Haymarket Books.
- Martow, Julius (1919): Marx und der Staat.
- Mattick, Paul (1970): Der Leninismus und die Arbeiterbewegung des Westens, in: Pannekoek, Anton/ Mattick, Paul (1991): Marxistischer Antileninismus. S. 171-204. Freiburg: ca ira.
- Mayer, Robert (2023): The Dictatorship of the Proletariat from Plekhanov to Lenin: A Critique of Hal Draper. <https://pplswar.wordpress.com/2023/12/21/dictatorship-of-the-proletariat-from-plekhanov-to-lenin-a-critique-of-hal-draper-robert-mayer/>
- pplswar (2017): Democratic Socialism and the Russian Revolutions of 1917. <https://pplswar.wordpress.com/2017/11/07/democratic-socialism-and-the-russian-revolutions-of-1917/>
- pplswar (2018): Bolshevik Repression Began Long Before the Civil War. <https://pplswar.wordpress.com/2018/10/06/bolshevik-repression-began-long-before-the-civil-war/>
- Protokoll des Gründungsparteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands 1918 (1972), Berlin: Dietz Verlag.
- Rabinowitch, Alexander (2010): Die Sowjetmacht. Das erste Jahr. Essen: Mehring Verlag.
- Rabinowitch, Alexander (2012): Die Sowjetmacht. Die Revolution der Bolschewiki 1917. Essen: Mehring Verlag.
- Rosenberg, Arthur (1961): Geschichte der Weimarer Republik. Frankfurt/M.: Europäische Verlagsanstalt.
- Ruge, Wolfgang (2010): Lenin. Vorgänger Stalins. Eine politische Biographie. Berlin: Matthes & Seitz.

- Rühle, Otto (1971): Brauner und roter Faschismus. In: Schriften. Perspektiven einer Revolution in hoch-industrialisierten Ländern, Reinbek bei Hamburg: Rowohlt Verlag.
- Smith, Stephen Anthony (1983): Red Petrograd. Revolution in the Factories, 1917-18. Cambridge: Cambridge University Press.
- Steinberg, Isaak (1981) Gewalt und Terror in der Revolution. Das Schicksal der Erniedrigten und Beleidigten in der russischen Revolution. Berlin: Karin Kramer Verlag.
- Stalin, Josef (1926): Zu den Fragen des Leninismus.
- Ströbel, Heinrich (1920): Die deutsche Revolution. Ihr Unglück und ihre Rettung, Berlin: »Der Firm« Verlag.
- Thomann, Rainer/Friedetzky, Anita (2017): Aufstieg und Fall der Arbeitermacht in Russland. Berlin: Die Buchmacherei.
- Trotsky, Leo (1920): Terrorismus und Kommunismus.
- Trotsky, Leo (1924): 1917 – Die Lehre des Oktobers.
- Trotsky, Leo (1937): Bolschewismus und Stalinismus.
- van Ree, Erik (2010). Lenin's conception of socialism in one country, 1915-17. *Revolutionary Russia*, 23(2), S. 159-181.
- Wagner, Helmut (1933): Thesen über den Bolschewismus. <https://www.marxists.org/deutsch/archiv/wagner/1934/thesen.htm>, auch in: Pannekoek, Anton/Mattick, Paul (1991): Marxistischer Antileninismus. als Gruppe Internationaler Kommunisten Hollands: Thesen über den Bolschewismus, S. 19-43. Freiburg: ca ira.
- Wallat, Hendrik (2012): Staat oder Revolution. Aspekte und Probleme linker Bolschewismuskritik. Münster: edition assemblage.

- Winkler, Heinrich August (1999): Demokratie oder Bürgerkrieg. Die russische Oktoberrevolution als Problem der deutschen Sozialdemokraten und der französischen Sozialisten, Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte Jahrgang 47/1, S. 1-23.
- Wolter, Ulf (1975): Grundlagen des Stalinismus. Die Entwicklung des Marxismus zur Ideologie. Berlin: Rotbuch Verlag.
- Zarusky, Jürgen (1992): Die deutschen Sozialdemokraten und das sowjetische Modell. Ideologische Auseinandersetzungen und außenpolitische Konzeptionen 1917-1933. München: Oldenbourg Wissenschaftsverlag.